

Energie-Control Austria
Mag. Norbert Fürst
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per eMail: tarife@e-control.at

Wien, am 7. Februar 2014

**Betrifft: Stellungnahme zur 2. Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 –
Novelle 2014 (2. GSNE-VO 2013 – Novelle 2014)**

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Mag. Fürst,

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der Energie-Control Austria für die
Übermittlung des oben zitierten Entwurfes zur 2. Gas-Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2013 – Novelle 2014 (2. GSNE-VO 2013 – Novelle 2014) und nimmt
dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzlich lässt sich beim vorgeschlagenen Entgelt für eine
grenzüberschreitende Speichernutzung in erster Dimension aus unserer Sicht nicht
nachvollziehen, welche Kosten gem. §73 und §74 GWG 2011 dem Netzbetreiber im
Verteil- und Fernleitungsnetz abgegolten werden sollen. Daher wird der sachliche
Zusammenhang in Frage gestellt, die Entgeltregelungen für die Ein- und
Ausspeisepunkte im Fernleitungsnetz auf ein Entgelt für die grenzüberschreitende
Speichernutzung sinngemäß zu übertragen bzw. als Bemessungsgrundlage
heranzuziehen.

In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass *„aus regulatorischer Sicht die
grenzüberschreitende Speichernutzung grundsätzlich positiv zu sehen ist, da die
bestehende Infrastruktur dadurch effizient genutzt wird“* andererseits jedoch
*„sicherzustellen ist, dass Speicherkunden, die eine grenzüberschreitende
Speichernutzung in Anspruch nehmen, gleich wie jene Netzbenutzer gestellt werden,
die grenzüberschreitende Transporte über Grenzkopplungspunkte durchführen und
dafür die jeweiligen Entgelte an den Grenzkopplungspunkten zu entrichten haben.“*

Dabei wird potentiell übersehen, dass, im Unterschied zur grenzüberschreitenden
Netznutzung, der Speicherkunde dem Speicherunternehmen ein Entgelt für die
Inanspruchnahme der Speicherkapazitäten zu entrichten hat, das wesentlich höher
ist als die regulierten Tarife an den Grenzübergabepunkten.

Das bedeutet, dass solange die Entgelte für Speicherleistungen höher sind als für den Transport, über einen Grenzübergabepunkt keinerlei Anreiz besteht, die Grenzübergabepunkte über eine grenzüberschreitende Speichernutzung zu umgehen. Im Gegenteil würde der im Begutachtungsentwurf vorgeschlagene Tarif sowie die Berechnungsmethodik potentiell dazu führen, eine grenzüberschreitende Speichernutzung von vornherein so unattraktiv auszugestalten, dass sie nicht genutzt werden wird.

Um aber eine sachgerechte und ausgewogene Ausgestaltung einer tariflichen Behandlung der grenzüberschreitenden Speichernutzung sicherzustellen, merken wir im Detail und auf Basis der Konsultationen folgende Punkte an:

Zu § 4 Abs. 6-10:

Statt einer täglichen Bilanzierungsperiode zur Ermittlung der positiven oder negativen Saldi schlagen wir einen monatlichen Saldierungszeitraum vor.

Begründung:

In Nachbarstaaten (bspw. Deutschland) wird diese Systematik angewendet. Begründet wird die monatliche Betrachtungsweise vor allem mit der saisonalen Fahrweise der Speicheranlage: Zeitgleiches Einspeichern aus beiden Marktgebieten in den Sommermonaten und Ausspeichern im Winter. Ein stundenweises Ein- und Ausspeichern in den Marktgebieten liegt im Regelfall nicht im Leistungsbereich der Speicheranlage und würde auch nicht dem Nutzungsverhalten der Kunden entsprechen.

Darüber hinaus schafft die Anwendung unterschiedlicher Berechnungsmodi eine zusätzliche Komplexität im Administrationsaufwand. Gegenüber Kunden wären die Unterschiede in der Abrechnungsmethodik schwer argumentier- und nachvollziehbar und würden dem Ziel eines harmonisierten Regulierungsrahmens, zur Integration der Märkte, zuwiderlaufen.

Zudem sollte berücksichtigt werden, dass alle Speicheranschlusspunkte in der Regel nur über unterbrechbare Kapazitäten verfügen. D.h., dass ein Kunde durch eine Unterbrechung des Netzbetreibers zur Ein- oder Ausspeisung im anderen Marktgebiet gezwungen sein könnte. Diese würde aber dann mit der vorgeschlagenen Tarifsystematik in jedem Fall pönalisiert werden. Im monatlichen Modell könnte im Fall einer Unterbrechung an anderen Tagen ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Änderung der Tarifhöhe

Begründung:

Für die Ableitung des vorgeschlagenen Tarifes aus den Entry/Exit Tarifen am Grenzübergabepunkt Überackern, unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Aufschlages von 75%, gibt es aus unserer Sicht in dieser einfachen Betrachtung keine sachliche Begründung, da es sich wie in den Allgemeinen Anmerkungen ausgeführt, um keinen grenzüberschreitenden Transporttarif handelt, sondern um eine grenzüberschreitende Speichernutzung.

- Der Aufschlag von 75% stellt eine zusätzliche Benachteiligung dar. Beispielsweise werden in Deutschland für Tagestransporttarife keine Aufschläge im Vergleich zum Jahrestarif verrechnet. Auch bei Auktionierung einer Transportkapazität auf Tagesbasis kommt ebenfalls kein Aufschlag zur Anwendung. Daher sollte bei Übertragung der Transportlogik auf den vorgeschlagenen Tarif ein Aufschlag entfallen, da die Beweggründe, wie höhere Transaktionskosten oder ein höheres Risiko, der nicht vollständigen Kapazitätsnutzung, bei der grenzüberschreitenden Speichernutzung entfallen. (Vgl. KEMA Gutachten im Auftrag der E-Control zur Ausgestaltung eines Entry/Exit System, 2012)
- Von den vorgeschlagenen Tarifen wäre das Entgelt gem. §4 bzw. §12 der GSNE-VO 2013 für die Ausspeisung aus dem Fernleitungs- und Verteilernetz in Speichieranlagen in Abzug zu bringen, da das Entgelt gem. §4 bzw. §12 der GSNE-VO 2013 zur Ein- und Ausspeisung berechtigt.
- Die Ableitung des vorgeschlagenen Tarifes vom E/E Tarif „Überackern“ der zu den teuersten Grenzübergabepunkten zählt, führt aus unserer Sicht zu einer Diskriminierung einzelner Standorte im Vergleich zu anderen Speichern in Österreich. Die von der Behörde vermutete Umgehung der Grenzübergabepunkte könnte auch für andere E/E Punkte zutreffen, deren Tarife weitaus günstiger sind wie zB Baumgarten Entry 0,7 € kWh/h/a. Sachgerecht wäre beispielsweise eine mengengewichtete Durchschnittsbetrachtung aller Entry und Exit Punkte zur Ableitung eines Tarifansatzes.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen,

DI Dieter Drexel eh
Stv. Bereichsleiter

DI Dr. Michael Fuchs, MBA eh